

Die neue Weltwirtschaftskrise

Warum? Was tun? DIE LINKE gibt Antworten



Herbert Behrens
Bundestagsabgeordneter
Wahlkreis Osterholz/Verden

Die **Regierungen führen mit immer hektischeren Aktionen die Befehle der so genannten Finanzmärkte aus**, indem sie das Geld der Steuerzahler für Rettungspakete verpulvern, die einzig und allein den

Banken und Spekulanten nützen. Gleichzeitig verordnen sie ihrer jeweiligen Bevölkerung weitere Rentenkürzungen, Lohnsenkungen und die Verschleuderung öffentlichen Eigentums. Das Ganze nennen sie notwendiges Sparen.

Dabei haben sie durch ihre Unterwerfung unter das Diktat der Finanzmärkte seit den 90er Jahren die Krise selbst herbeigeführt und die Demokratie ausgehöhlt. **Die Krise ist im Kern eine Lohn-Krise**. Denn jetzt folgen Europa und die USA dem deutschen „Vorbild“, wo schon seit 15 Jahren die Löhne, Renten und Sozialleistungen gedrückt werden. Die **Besitzer von Vermögen und Kapital hingegen werden immer reicher gemacht**. Die Reichen in Deutschland und den anderen Staaten haben mehr Geldvermögen aufgehäuft, als die Schulden der Staaten betragen. In Deutschland beträgt die Staatsverschuldung zur Zeit 2 Billionen Euro, die reichsten zehn Prozent verfügen über ein Geldvermögen von 3 Billionen Euro.

In Deutschland wurden Löhne, Renten und Sozialleistungen besonders stark gesenkt, mit der Absicht der deutschen Exportwirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Dieser zu Lasten der Bevölkerung erzielte Wettbewerbsvorteil ist **eine wesentliche Ursache des Niedergangs anderer Staaten in Europa**. Diese Staaten werden in Zukunft keine deutschen Produkte mehr kaufen können. Die Strategie von Schröder, Fischer, Steinbrück, Steinmeier, Merkel und Westerwelle ist gescheitert.

Was kann, was muss getan werden, um die Krise zu stoppen?

1. Löhne, Renten und Sozialleistungen müssen deutlich und real steigen, damit es steigende Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen gibt.
2. Die Macht der Finanzmärkte, Banken und Spekulanten über die Politik muss gebrochen werden. Die Kreditversorgung der Staaten muss auf eine öffentliche europäische Bank übertragen werden. Spekulative Geschäfte sind zu verbieten.
3. Die Entschuldung der Staaten muss von den Profiteuren der Krise und ihrem aufgehäuften Geldvermögen durch eine europaweite Vermögensabgabe getragen werden. Dies ist der einzig gerechte Lastenausgleich.
4. Zur Finanzierung der Europäischen Union muss eine Finanztransaktionsteuer auf alle Geldgeschäfte an den Börsen erhoben werden.
5. In Europa muss es eine große Anstrengung für Investitionen in Infrastruktur, Umwelt und Bildung geben. Dies wollen wir durch eine höhere Einkommensteuer bei den Bestverdienern, durch eine Bankenabgabe und die gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften finanzieren.

Für ein demokratisches, gerechtes, soziales und friedliches Europa! Gegen einen Rettungsschirm zur Sanierung von Banken und Spekulanten!

Weitere Informationen:
www.linksfraktion.de
www.herbert-behrens.de
Kontakt:
herbert.behrens@wk.bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G